



Michael Frieser
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung **Frieser bittet Westerwelle um Hilfe für iranische** **Menschenrechtsaktivisten**

Berlin, 12.07.2010
/KR

Michael Frieser, MdB
Jakobstr. 46
90402 Nürnberg
Telefon: +49 911-24154432
Fax: +49 911-2369051
michael.frieser@wk.bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 3.108
Telefon: +49 30 227-71931
Fax: +49 30 227-76931
michael.frieser@bundestag.de

Nach Bekanntwerden weiterer Verhaftungen von
Menschenrechtsaktivisten bittet der Nürnberger
Bundestagsabgeordnete Michael Frieser Außenminister Guido
Westerwelle um Hilfe.

„Nachdem mich das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg über zwei weitere Fälle von Verhaftungen aufgrund staatskritischer Äußerungen in Iran informierte, habe ich mich an Außenminister Guido Westerwelle mit der Bitte um ein Engagement der Bundesregierung in dieser Angelegenheit gewandt.

Frau Narges Mohammadi, stellvertretende Leiterin des Centre for the Defenders of Human Rights (CDHR), sowie **Herr Abdolreza Tajik**, ein Journalist aus dem Umfeld des CDHR, wurden nach Vorladung in das Geheimdienstministerium bereits zum dritten Mal binnen Jahresfrist verhaftet. Die beiden Menschenrechtsaktivisten werden seither ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft gehalten.

Aufgrund der Verschlechterung der Menschenrechtslage unter Präsident Ahmadinedschad halte ich die Aussichten für beide Personen, wie auch viele andere Gefangene, für schlecht. Der Druck auf solche politischen Gefangenen wird in der Regel durch



ein schleppendes Verfahren oder eine Verurteilung in erster Instanz aufrechterhalten.

Der Einsatz für Menschenrechte ist nicht nur mir als Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe wichtig, sondern auch wesentlicher Ausdruck der Wertorientierung unserer christlich-sozialen Politik. Dank wichtiger internationaler Menschenrechtsabkommen kann heute niemand mehr behaupten, dieser Einsatz sei eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes.

Ich möchte die Vertreter der Presse bitten, durch Berichterstattung über dieses Thema sich ebenfalls für die Freilassung von Menschenrechtsaktivisten im Iran einzusetzen, um den Druck durch die EU und die Bundesregierung noch zu verstärken.“